

Anhörung am 18.04.2018 im Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Landtag

1. Anfrage 6/7722 "Akzeptanz für Windenergie stärken – Servicestelle bei der Energieabteilung der WFBB einrichten"

Die Einrichtung einer Servicestelle ist abzulehnen aus folgenden Gründen:

- Deutschland hat sowohl auf nationaler Ebene als auch im Rahmen der Europäischen Union hinreichend Gesetze und Verfügungen für eine wirksame Information, Mitwirkung und Beteiligung der Bürger bei Projekten der Infrastruktur. Weiterhin hat Deutschland die unter dem Dach der UNO stehende Aarhus Convention unterzeichnet, die ebenfalls die Möglichkeit der Mitbestimmung der Bürger und deren Klagebefugnis bei allen großen Projekten in ihrem Lebensumfeld vorschreibt.

Das Problem in Deutschland/Land Brandenburg besteht darin, dass die Wirksamkeit dieser Mitwirkungsrechte der Bürger durch die Politik unterlaufen wird, indem z.B. unzureichend informiert wird, sachgerechte Einwendungen keinerlei Beachtung finden und sogar deren fachliche Beurteilung befangenen Windkraftprojektierern übertragen wird.

- Eine Technologie offene Diskussion über aus technischer und Umweltsicht geeignete Alternativen der Energieerzeugung wird ebenso wenig geführt wie die über negative Folgewirkungen der eindeutig von der Politik präferierten Windkraft.

- Das Klimaabkommen von Paris schreibt den Mitgliedsstaaten **nicht** vor, wie sie ihre Zielstellungen erreichen sollen.

Deutschland könnte mit politischem Willen die Emission großer Mengen Treibhausgas mit schnell wirksamen Methoden verhindern, z.B. Transporte von der Straße auf die Schiene verlagern, sinnvolle Land- und Forstwirtschaft u.a.m.

- Die vorgeschlagene Servicestelle ist nach Auswertung des Thüringer Vorbildes ein Weg, die Umverteilung von unten nach oben zu zementieren und über eine sogenannte "Teilhabe" den weiteren Ausbau der Windindustrie besser rechtfertigen zu können. Die wirklichen Probleme werden damit nicht gelöst und die Windindustrie ist auch mit einem Siegel nicht "fair".

- Die Schaffung von drei Arbeitsplätzen aus Haushaltsgeldern ist unnötig und in Anbetracht der vielen von "Stromarmut" bedrohten Haushalte überhaupt nicht zu rechtfertigen.

2. Antwort zur Frage "Wie könnte die Akzeptanz für Windenergie erhöht werden?"

- Die Erwartung von Akzeptanz kann nur an die Sinnhaftigkeit eines Projektes bzw. einer Politik geknüpft werden, die bei der Erzeugung von volatilem Strom zwecks sicherer Versorgung unserer Volkswirtschaft nicht gegeben ist.

- Der aufgeklärte Bürger erkennt die Doppelmoral – Beispiel:

Teurer "Klimaschutz" in Deutschland aber unserer klimaschützenden Wälder werden großflächig für Windräder fragmentiert - angeblich für den Klimaschutz.

Gleichzeitig finanziert unser BM Umwelt großzügig die Aufforstung in vielen Ländern – auch für den Klimaschutz!

Akzeptanz ist nicht käuflich.

Waltraud Plarre

www.VI-Rettet-Brandenburg.de

Potsdam, den 18.04.2018